Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1539 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 57. **Mittwoch, 8. März 1922, abends.** **75. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Bringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1 M. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

In das hiesige Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 147, den Arbeiter Friedrich Ernst Schravel in Gröba und dessen Ehefrau Amalie Auguste, geb. Elsing betr.: Die Verwaltung und die Nutznießung des Mannes ist durch Ehevertrag vom 30. Januar 1922 ausgeschlossen worden.

Amtsgericht Riesa, den 3. März 1922.

Kohlenverkaufspreise.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 11. Februar 1922 wird hiermit für Niederlausitzer Hausbrandbriketts mit sofortiger Wirkung ein

Kleinverkaufspreis von 35 Mk. pro Zentner

ab Lager des Händlers festgesetzt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 7. März 1922.

Einladung zur Glockenweihe in Gröba.

Sonntag, den 12. März, sollen unsere neuen Glocken eingeholt und geweiht werden und zwar in folgender Weise:

Versammlung der Teilnehmer ¾9 Uhr am „Thüringer Hof". Um 9 Uhr Festzug nach dem Gotteshause, Weihe der Glocken, Festgottesdienst. Der unterzeichnete Kirchenvorstand ladet die Behörden, die Vereine, die Korporationen aller Art, alle Mitglieder der Kirchgemeinde Gröba mit Boberser, Forberge, Leffa, Merzdorf und Pochra, Männer, Frauen und Kinder zur Teilnahme an dieser Feier herzlich ein.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Um Beflaggen der Häuser wird gebeten.

Gröba (Elbe), den 3. März 1922. **Der Kirchenvorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 8. März 1922.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 6 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtvv. Richter und Schinkel. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Gutacker anwesend, außerdem hatte Herr Stadtrechtsrat Quellmalz am Ratstische Platz genommen. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Schon vor dem Kriege hat Mangel an Schulbänken bestanden, besonders für größere Kinder. In der Karolaschule werden zu Ostern sieben neue Fortbildungsschulklassen entstehen, für die nur größere Bänke in Betracht kommen. Nach dem von der Firma Uhlemann in Gera eingeholten Preisanschlag kosten 20 Bänke 16 500 Mk. Im Haushaltplan für das laufende Jahr sind für die Beschaffung von Schulbänken bereits 6000 Mk. eingestellt worden, sodaß noch 10 500 Mk. nachzuverwilligen sind. Vom Rat ist die Anschaffung der 20 Bänke und die Nachverwilligung der Mittel beschlossen worden. Das Kollegium stimmte dem Ratsbeschluß zu.

2. Am 11. März soll in Dresden eine Besprechung über den Entwurf einer neuen Gemeindeverfassung stattfinden. Es war zunächst beabsichtigt, hierzu einen Vertreter des Rates und zwei Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums abzuordnen. Im Wahlausschuß des Kollegiums, der sich mit der Angelegenheit beschäftigte, konnte eine volle Einigung nicht erzielt werden. Die Linke ist der Meinung, daß der Vertreter des Rates, Herr Bürgermeister Dr. Scheider, als Vertreter der rechten Seite anzusehen sei. Wenn daher das Stadtverordnetenkollegium einen Vertreter der Linken und einen der Rechten abordne, so sei die Rechte durch zwei Abgeordnete vertreten, was nicht den politischen Stärkeverhältnissen in Riesa entspreche. Der Wahlausschuß mache daher den Vorschlag, aus dem Stadtverordnetenkollegium ebenfalls nur einen Vertreter abzuordnen und diesen der Linken zuzubilligen. Herr Stadtv.-Vizevorst. Mende (Bürgerl.) erklärte, daß die Rechte nach wie vor der Meinung sei, daß der Bürgermeister zu keiner Fraktion zu rechnen sei, daß er vielmehr eine neutrale Stellung einnehme. Trotzdem werde sie aus den angeführten Gründen dem Vorschlage des Wahlausschusses zustimmen. Herr Stadtv. Johne (U. S. P.) ließ die neutrale Stellung des Bürgermeisters nicht gelten und verlangte die Wahl zweier Vertreter der Linken. Der Vorschlag des Wahlausschusses wurde gegen die vier Stimmen der Unabhängigen angenommen. Als Vertreter des Kollegiums wurde Herr Stadtv.-Vorst. Günther gewählt, auf Herrn Stadtv. Beier entfielen 4 Stimmen.

3. Dem zwischen dem Staats- und Gemeindearbeiter-Verband und dem Rate der Stadt Riesa abgeschlossenen ab 1. Februar 1922 geltenden neuen Tarifvertrag für das Pflege- und Hauspersonal des Krankenhauses wurde zugestimmt.

4. Die Kehr- und Scheuerfrauen der hiesigen Schulen sind an den Rat mit der Bitte um Erhöhung der Löhne, die bisher 2,50 Mk. betrugen, herangetreten. Der Rat hat beschlossen, die Löhne für das Kehren auf 3 Mk. und für das Scheuern auf 3,50 Mk. für die Stunde zu erhöhen. Herr Vizevorst. Mende beantragte, die Sätze auf 4 Mk. und 4,50 Mk. zu bemessen. Frau Stadtv. Schlimpert (Soz.) bat, daß auch die Löhne der Kehr- und Scheuerfrauen tariflich geregelt werden möchten. Der Antrag Mende wurde angenommen.

5. Die Einführung einer Prüfungsordnung für die Gemeindebeamten war bekanntlich von den Stadtverordneten letzthin abgelehnt worden, weil nach den Ausführungsbestimmungen Angestellte zu diesen Prüfungen nicht zugelassen werden sollten. Der Rat hat darauf beim Sächsischen Gemeindetag angefragt, ob an dieser Bestimmung festgehalten werde. Die Geschäftsleitung des Sächsischen Gemeindetages hat darauf geantwortet, daß die dem Kollegium vorgelegenen Ausführungsbestimmungen nur vorläufige gewesen seien. In den endgültigen Ausführungsbestimmungen sei die beanstandete Vorschrift nicht mit aufgenommen. Angestellte, die eine Tätigkeit ausüben, die mit der der Beamtenanwärter verglichen werden kann, würden auch zur Prüfung zugelassen werden. Der Rat hat mit Rücksicht auf diesen Bescheid beschlossen, die Prüfungsordnung nochmals zur Beschlußfassung dem Stadtverordnetenkollegium vorzulegen, da die Voraussetzungen für die ablehnende Stellungnahme nicht mehr bestehe. Herr Stadtv. Johne (U. S. P.) erklärt, er bezweifle, daß die Voraussetzungen für die Ablehnung nicht mehr vorhanden seien. Weite Kreise der Angestellten seien auch jetzt noch ausgeschlossen. Seine Fraktion lehne die Prüfungsordnung ab. Die Vorlage wurde hierauf gegen die vier Stimmen der Unabhängigen angenommen.

6. Im städtischen Grundstück Großenhainer Straße 31 macht sich die Erneuerung eines Küchenherdes und des Waschkessels notwendig. Die Kosten sind auf 1000 Mk. veranschlagt. Der Rat hat beschlossen, die Arbeiten ausführen zu lassen und eine Hausordnung aufzustellen. Herr Stadtv. Ketzer (Bürgerl.) führte aus, daß es sich um das Grundstück handle, dessen Verkauf seinerzeit von der Linken abgelehnt worden sei. Es bringe der Stadt dauernd nur Lasten, und der Rechten falle es daher schwer, der Vorlage zuzustimmen. Er beantragte, einen Teil der Ausgaben von den Mietern wieder einzuheben, wobei nach den bestehenden Richtlinien zu verfahren sei. Herr Vorst. Günther erklärte, dieser Weg werde durch das Reichsmietengesetz sowieso beschritten. Herr Stadtv. Beier (U. S. P.) erklärte, das Grundstück habe seinen Wert behalten, das bei dem Verkauf erlöste Geld würde ihn aber nicht behalten haben. Herr Stadtv. Ketzer erwiderte, das Geld hätte man nicht brach liegen lassen, vielmehr habe es zum Ankauf anderer Grundstücke verwendet werden sollen. Der Antrag Ketzer wurde abgelehnt und darauf die Vorlage gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

7. Vom Tierschutzverein war ein Schreiben eingegangen, worin er über die schlechte Beschaffenheit des Riesaer Tierasyls im Schlachthof und die mangelhafte Fütterung der Tiere Klage führt. Der Verein würde bereit sein, für die Beschaffung einer besseren Unterkunft für die Tiere aus seinen bescheidenen Mitteln einen kleinen Kostenbeitrag zu leisten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß der Rat, dem ein gleiches Schreiben zugegangen sei, die Angelegenheit bereits dem zuständigen Ausschuß zur Prüfung übergeben habe.

8. Zu der Ratsvorlage, die Besoldung der Gemeindebeamten usw. betr., führte Herr Vorsteher Günther aus, daß diese Angelegenheit vom erweiterten Finanzausschuß in langen Sitzungen gründlich beraten worden sei. Eine Sitzung habe von abends 8 Uhr bis früh ½3 Uhr gedauert. Fast alle Beschlüsse des erweiterten Finanzausschusses seien einstimmig gefaßt worden. Gegenüber der ursprünglichen Vorlage sei eine ganze Anzahl Stellen in niedere Gruppen gesetzt worden, nicht aus Mißwollen gegen die Beamtenschaft, sondern weil auf die Finanzlage der Stadt habe Rücksicht genommen werden müssen und weil der Ausschuß der Ansicht gewesen sei, daß über die Vorschriften der Besoldungsordnung des Reiches nicht habe hinausgegangen werden können. Der Vorsitzende verlas hierauf die vom erweiterten Finanzausschuß in seinen Sitzungen vom 15., 23. und 28. Februar gefaßten Beschlüsse, aus denen u. a. hervorging, daß die Besoldungsvorschriften und die Einstufung in die einzelnen Gruppen die Zustimmung der Beamtenvertretung gefunden haben. Ferner wurde der Ratsbeschluß verlesen. Herr Vorsteher Günther führte weiter aus, daß bei den Beratungen die Mängel der Besoldungsordnung des Reiches wieder voll zur Auswirkung gekommen seien. Die unteren Gruppen seien unter dem Existenzminimum gehalten, und die Spannung vergrößere sich nach oben immer mehr. Eine solche Regelung entspreche nicht der Auffassung seiner Fraktion, die aber die Vorschriften der Besoldungsordnung nicht durchbrechen könne. Es sei alles versucht worden, die unteren Gruppen höher einzustufen, während man sich bei den höheren Gruppen streng an das Gesetz gehalten habe. Herr Stadtv. Beier (USP.) stellt den Antrag, daß alle sich notwendig machenden Nachzahlungen bis 1. März d. J. 5000 Mk. nicht überschreiten dürfen. Diesen Antrag zog Herr Beier im Laufe der Aussprache wieder zurück, nachdem ihm von verschiedenen Rednern u. a. von Herrn Vizevorst. Mende und Herrn Bürgermeister Dr. Scheider nachgewiesen worden war, daß der Antrag nicht nur gegen das Besoldungsgesetz verstoße und ein Unrecht gegen die Beamten sein würde, sondern auch insofern hinfällig sei, als Nachzahlungen über 5000 Mk. überhaupt nicht erforderlich sein würden. Herr Beier führte noch aus, daß er es gern gesehen haben würde, wenn der Rat eine Aufstellung über die finanzielle Auswirkung der neuen Gehaltsregelung gemacht hätte. Er meinte ferner, daß der Reichstag noch nie ein so unsoziales Gesetz beschlossen habe, wie die letzte Besoldungsordnung. Die Zurücksetzung der unteren Gruppen zugunsten der höheren — der Gehaltsunterschied habe erst 1:4 betragen, jetzt 1:7 — komme nun auch in der Besoldung der Gemeindebeamten zum Ausdruck. Das Kollegium könne aber doch zeigen, daß es mit einer so unsozialen Bezahlung nicht einverstanden sei. Die Belastung der Stadt durch die zu verabschiedende Besoldungsordnung bezifferte er auf 960 369 Mk. Herr Stadtv. Mehlhorn (Soz.) stimmte Herrn Beier bei, daß die Besoldungsordnung soziale Mängel habe, bezweifelte aber die Richtigkeit der von Herrn Beier angeführten Zahlen. Die Gemeindebeamten könnten sich über die vorgenommenen Einstufungen nicht beschweren. In der Oeffentlichkeit werde nie über die Höhe der Gehälter der Privatindustrie gesprochen, aber die Beamten habe man immer beim Kragen. Es sei Sache des Reiches, eine sozialere Regelung der Bezahlung der Beamten zu schaffen, die Oeffentlichkeit möge hierzu ihre Unterstützung leihen. Herr Vizevorst. Mende (Bürgerl.) erklärte, im Finanzausschuß sei er es gewesen, der die Kosten- und Deckungsfrage angeschnitten habe. Herr Bürgermeister Dr. Scheider habe aber erklärt, daß es ausgeschlossen sei, darüber jetzt schon Aufstellungen zu machen, und Herr Beier habe sich bei dieser Auskunft beruhigt. Der Redner ging auf einzelne Punkte der Besoldungsordnung ein und wandte sich besonders gegen den Ratsbeschluß, wonach gefällte Schiedssprüche anzunehmen seien. Herr Vorsteher Günther erklärte, daß seine Fraktion den Ratsbeschluß, daß wir uns den Schiedssprüchen fügen, ebenfalls ablehne. Sie stimme den endgültigen Beschlüssen des Finanzausschusses zu, lehne aber die Beschlüsse des Rates, die Veränderungen bringen, ab. Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte aus, als im Finanzausschuß der Wunsch ausgesprochen worden sei, daß eine Uebersicht über die finanzielle Wirkung vorgelegt werde, habe er erklärt, daß es jetzt unmöglich sei infolge der Ueberlastung des Rechnungsamtes. Die Uebersicht aufzustellen sei auch nicht so einfach wie Herr Beier das geschildert habe. Es seien ganz komplizierte Berechnungen notwendig, und die von Herrn Beier genannten Zahlen seien ganz willkürliche Schätzungen. Im Finanzausschuß habe man sich auch beschieden. Die Zusammenstellung werde aber noch vorgelegt werden. Das werde aber Wochen und nicht, wie Herr Beier meine, bloß Stunden dauern. Finanzausschuß und Rat hätten den Standpunkt eingenommen, daß die Besoldungsregelung, wie sie vom Reich getroffen sei, Härten enthalte, aber wir seien an die Richtlinien des Reiches gebunden. Um das Unrecht bei den unteren Gruppen auszugleichen, habe man sich bemüht, sie höher einzustufen. Bei den oberen Gruppen habe man sich eine Beschränkung auferlegt, wie sie überhaupt nur möglich sei. Herr Stadtv. Schneider (Soz.) hofft, daß die neuen Verhandlungen im Reichstage die sozialen Mängel beseitigen werden. Der Finanzausschuß habe getan, was möglich gewesen sei, und die Beamten könnten im allgemeinen zufrieden sein. Die von Herrn Beier genannten Zahlen über den Aufwand würden kaum ausreichen. Für die unbesehene Annahme von Schiedssprüchen sei seine Fraktion nicht zu haben. Herr Stadtv. Beier trat für den Ratsbeschluß, bezüglich des Schiedsgerichts ein. Er verlangte ferner, daß der Bürgermeister in Gruppe 12 anstatt in Gruppe 13 eingestuft werde. Er wünschte hierüber gesonderte Abstimmung, da seine Fraktion sonst gegen die Vorlage stimmen werde. Nach dem Finanzausschußbeschluß erfolgt die Bezahlung nach Gruppe 13, bei einer Neubesetzung soll aber die Stelle zunächst 6 Jahre in Gruppe 12 eingestuft werden. Nach einer weiteren Erklärung des Herrn Stadtv. Mehlhorn erfolgte die Abstimmung. Der Ratsbeschluß, soweit er den Finanzausschußbeschlüssen zustimmt, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsteher stellte fest, daß damit auch Herr Beier der Einstufung des Bürgermeisters in Gruppe 13 zugestimmt hatte. Die vom Rate beschlossenen Ergänzungen wurden in der Hauptsache abgelehnt, der Beschluß, betr. die Annahme der Schiedssprüche, gegen 2 Stimmen der Unabhängigen. Angenommen wurde ein Beschluß des Finanzausschusses, daß die Feststellungen des Kultusministeriums über das Besoldungsdienstalter der Lehrer an der Oberrealschule anerkannt werden und die Gehaltsnachzahlungen zu leisten sind.

Herr Vorsteher Günther erwähnte noch, daß die Besoldungsordnung wieder eine Fülle von Titeln ausgeschüttet habe. Er sprach den Wunsch aus, daß die städtischen Beamten in Riesa, wie es auch anderwärts geschehen sei, eine Erklärung dahin abgeben möchten, daß sie keinen Wert darauf legen, mit den Titeln angesprochen zu werden. Dem Publikum würde dies den Verkehr auf dem Rathause erleichtern.

9. Herr Stadtv. Doberenz bat um Auskunft darüber, ob es wahr sei, daß 20 Zentner Kartoffeln, die ein Gutsbesitzer für die Kleinrentner zur Verfügung gestellt habe, in einem Keller der Bergbrauerei erfroren seien und infolgedessen gegen Rittergutskartoffeln hätten umgetauscht werden müssen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß nicht 20, sondern 40 Zentner Kartoffeln gespendet worden seien. Da der Stadt ein geeigneter Raum zur Unterbringung nicht zur Verfügung gestanden habe, sei von der Bergbrauerei ein Raum im Nebengebäude des Rathauses für diesen Zweck überlassen worden. Man habe geglaubt, daß die Kartoffeln dort trostsicher aufbewahrt sein würden, während der großen Kälte sei aber doch der Frost durch das Mauerwerk gedrungen, und die am Rande befindlichen Kartoffeln seien zum Teil erfroren. Um Schaden zu verhindern, seien die Kartoffeln auf dem Rittergut, das sie ja noch verwenden könne, umgetauscht worden. Der Schaden sei kein erheblicher, und die Kleinrentner würden natürlich keine Einbuße erleiden und auch keine angefrorenen Kartoffeln bekommen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

* * *

—* Trio-Abend des Chorvereins. Als zur ersten seiner diesjährigen Veranstaltungen hatte der Chorverein zu einem Kammermusik-Abend eingeladen. Er sollte die Einleitung bilden zu den Abenden, die in diesem Frühjahre vor allem Joseph Haydn's Leben und Schaffen gewidmet sind. Er sollte nicht zuletzt auch die Formenschönheit der Klassiker in bewußten Gegensatz zur Gefühlstiefe und Stimmungsmalerei der Klassiker stellen. Und so kamen Haydn und Mozart im ersten Teile und Robert Schumann im zweiten Teile zum Worte. Die Künstler, die uns in den Werken dieser Meister unvergängliche und durch die Wechsel [illegible] Güter der Kultur